

# Was ist auf der Konferenz „Migration steuern, Pluralität gestalten. Herausforderungen und Konzepte von Einwanderungspolitikern“ passiert?

## Eine Chronologie der Ereignisse

Im Rahmen der genannten Konferenz, die am 28. April 2023 vom Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam in Kooperation mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung an der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt wurde, kam es zu einem Eklat und einer anschließenden Rufmordkampagne gegen Prof. Dr. Susanne Schröter, die Leiterin des Forschungszentrums. Wir stellen hier eine Übersicht über die Ereignisse vor, während und nach der Konferenz dar.

### Anlass, Ziel und inhaltliche Gestaltung der Konferenz

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, deren zunehmende Diversität sowohl positive Effekte als auch Herausforderungen mit sich bringt, denen sich Politik, Gesellschaft und Wirtschaft stellen müssen. Dabei zeichnen sich drei Bereiche ab, in denen unterschiedliche Konzepte zum Tragen kommen müssen:

1. Flucht, Asyl und die Effekte von globalen Krisen
2. Bildung, Arbeitskräftemangel und wirtschaftlich motivierte Zuwanderung
3. Integration und die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft

Welche Konzepte sich als geeignet erwiesen haben, wird wissenschaftlich und politisch kontrovers diskutiert. Im Rahmen der Konferenz sollte die Debatte auch vor dem Hintergrund prekärer Entwicklungen in den Kommunen, im Bildungssektor, in der Justiz, sowie in staatlichen Institutionen, die mit der Administration von Verfahren befasst sind, diskutiert werden.

Die Konferenz wurde vom Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam in Kooperation mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung organisiert. Die Schirmherrschaft hatte der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein übernommen. Prof. Dr. Roman Poseck, der Staatsminister im Hessischen Ministerium für Justiz, hielt einen einleitenden Vortrag. Als Redner wurden folgende Experten aus Wissenschaft und Praxis eingeladen:

- Prof. Dr. Ruud Koopmans, der Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung an der Humboldt-Universität in Berlin
- Prof. Dr. Daniel Thym, Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz
- Dr. Sandra Kostner, die als Migrationsforscherin vergleichend über Konzepte von Einwanderungsgesellschaften forscht
- Hans-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes
- Birgit Ebel, Lehrerin aus Herford, die zu einer Zeit, als Salafisten auch in Schulen für den Dschihad in Syrien mobilisierten, zusammen mit ihren Schülerinnen die NGO „extremdagegen“ gründete
- Dr. h.c. Frank-Jürgen Weise, der Vorstandsvorsitzender der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der 13 Jahre lang die Bundesagentur für Arbeit sowie von 2015 bis 2016 das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge leitete

- Steffen Sottung, Geschäftsführer „Internationales“ von der Bundesagentur für Arbeit
- Dr. Ralph Ghadban, Islamwissenschaftler und ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Clankriminalität
- Dr. h.c. Ahmad Mansour, der für seine Integrationsarbeit, u. a. in Gefängnissen und für seine Aufklärungsarbeit gegen jede Form des Antisemitismus im Jahr 2022 das Bundesverdienstkreuz erhalten hatte
- Manuel Ostermann, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft
- Boris Palmer, der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Tübingen

## **Im Vorfeld der Konferenz**

Dass Migration faktenbasiert und lösungsorientiert diskutiert werden sollte, war für einige Ideologen in und außerhalb der Universität Anlass genug, die Konferenz und nahezu alle genannten Redner als „rassistisch“ und „rechtspopulistisch“ zu denunzieren. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) verkündete, dass allein der Begriff des Steuerns bereits rechtspopulistisch sei, schrieb in einer Stellungnahme von einem „Schaulaufen der pseudowissenschaftlichen und vom Rechtspopulismus nicht immer scharf abgegrenzten Akteure“ und kündigte eine gleichzeitig stattfindende Gegenkonferenz an.

Auch radikalere Gruppen machten mobil. „Rassist\*innen aus der Uni jagen“ stand auf einem Demonstrationsaufruf, und am Morgen der Konferenz wurde vom Dach des Gebäudes ein Transparent heruntergelassen, auf dem „Schröter raus aus der Uni!“ stand. Dieser Spruch wurde bereits im Jahr 2019 als Hashtag im Rahmen einer Konferenz zum islamischen Kopftuch verwendet. Das Gebäude, in dem das Transparent aufgehängt wurde, wird vom Forschungsverbund „Normative Ordnungen“ genutzt und ist öffentlich nicht zugänglich.

## **Während der Konferenz**

Bereits vor der im Erdgeschoß des Gebäudes stattfindenden Konferenz, die unter starken Sicherheitsvorkehrungen stattfinden musste, sammelten sich immer wieder Personengruppen, die die 200 Teilnehmer und die Referenten als „Nazis“ und „Rassisten“ beschimpften, körperlich bedrängten, anrempelten und durch die Fenster mit Gesten beleidigten.

Viele Teilnehmer waren schockiert und verängstigt. Dennoch wurde die Konferenz wie geplant durchgeführt. Der letzte Redner war Boris Palmer, der als Mitglied einer Gruppe, die sich Vert Realos, die Bürgerliche Grüne Mitte, nennt, zu einem Manifest für eine neue Einwanderungspolitik und zu seinen eigenen Lösungsansätzen referieren sollte, die er als Oberbürgermeister Tübingens zu verantworten hatte. Er traf erst zu seinem Vortrag ein, lief aber den ihn als „Nazi“ beschimpfenden Protestierenden in die Arme und ließ sich dabei zu Äußerungen hinreißen, die nicht akzeptabel waren. Es ging um das sogenannte „N-Wort“ und um einen deplatzierten Judenstern-Vergleich. Die Leiterin, Prof. Dr. Susanne Schröter, die diesen Vorgang ebenso wenig beobachtet hatte wie die anderen Teilnehmer der Konferenz, gab ihm deshalb die Möglichkeit, im Tagungssaal darüber zu berichten. Dabei wiederholte er das „N-Wort“ mehrere Male, in der Absicht zu erklären, er würde es nicht als Beschimpfung, sondern in einem literarischen Kontext verwenden. Die Erläuterungen verfehlten ihr Ziel, mehrere Konferenzteilnehmer protestierten und verließen den Saal.

Auch zwei Personen, die zu den Protestierenden gehörten, erhielten auf Drängen des Hausherrn des Gebäudes, Prof. Dr. Rainer Forst, Gelegenheit, sich in der Konferenz zu äußern. Es handelte sich um einen älteren Mann, der sich als Student bezeichnete, und ein Plakat mit der Aufschrift

„Nein zur Hetze gegen Muslime“ hochhielt, sowie um eine zweite Person, die verumumt erschien und die Anwesenden rechtswidrig filmte.

An dieser Stelle ist besonders anzumerken, welche Gruppen sich neben dem ASTA gegen die Konferenz und das Forschungszentrum positioniert hatten. Es handelt sich um einen „Arbeitskreis kritischer Jurist\_innen Frankfurt“, sowie um die „Studis gegen rechte Hetze“, den Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverband“, der in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet wird, die Gruppe „Zora“ und die Gruppe „Young Struggle“. Die vier letztgenannten haben sich auf ihren eigenen Internetseiten immer wieder als Israelfeinde erklärt und traten auf Demonstrationen auf, in denen Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Die Gruppe „Studis gegen rechte Hetze“, die schon seit Jahren gegen das Forschungszentrum agitiert, wirbt auf ihrer Facebook-Seite für die palästinensische Organisation Samidoun, die laut NZZ für den „bewaffneten Kampf“ gegen das „zionistische Regime“ Israel steht und in Israel als Terrororganisation gilt. In Berlin hat Samidoun im April eine Demonstration durchgeführt, auf der „Tod den Juden“ skandiert wurde. „Zora“ und „Young Struggle“ marschierten, einer Information des „Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft“ zufolge, am 15. Mai 2023 über den Campus der Goethe-Universität und skandierten dabei antisemitische Parolen. Das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam steht offenbar im Fokus des Hasses dieser Gruppen, weil dort in den vergangenen Jahren nicht nur islamismuskritische liberale Muslime eingeladen waren, sondern auch wiederholt Vorträge zu israelbezogenem Antisemitismus, zu historischen Verbindungen zwischen deutschen Nationalsozialisten und arabischen Antisemiten, sowie zu muslimischem Antisemitismus gehalten wurden.

Quelle: <https://www.instagram.com/p/CsTkzSlstxP/?hl=de>

### **Nach der Konferenz**

Sowohl das Präsidium der Goethe-Universität als auch die Veranstalterin der Konferenz, Prof. Dr. Susanne Schröter, distanzierten sich am Tag nach der Konferenz öffentlich von den Äußerungen des Tübinger Oberbürgermeisters. Prof. Dr. Schröter wiederholte dies auch in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk.